UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
DEC 14 1936
LIBRARY

Erste Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro Gm. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 26. November	Nr. 1576

Die erste Hauptagung des Reichsbauernrates.

Goslar, 26. November. Am Donnerstag früh wurde in der Stadthalle von Goslar die erste Hauptagung des Reichsbauernrates, die mit der Erstattung größerer Rechenschaftsberichte über die Arbeit des Reichsnährstandes und mit grundsätzlichen Vorträgen ausgefüllt ist, eröffnet.

Der Sprecher des Reichsbauernrates, Ministerpräsident a. D. **Granzow,** konnte neben den Vertretern der Wehrmacht, des Staates und der Partei zahlreiche ausländische Bauernabordnungen begrüßen, und zwar aus Argentinien, Belgien, Dänemark, Danzig, England, Estland, Island, Italien, Japan, Jugoslawien, Lettland, Norwegen, Oesterreich, Polen, Südafrika, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Dann nahm der Reichsnährstandsleiter **Dr. Korte** das Wort zum Arbeitsbericht über sein Gebiet: „Unsere Arbeit am Markt".

Die wichtigste Aufgabe habe darin bestanden, die noch stärkere Beteiligung der Be- und Verarbeiter sowie der Vertriebsgruppen bei den Aufgaben der Marktordnung zu lösen. Hierbei seien Handel und Genossenschaften zu Verteilerfachschaften zusammengefaßt worden. Damit sei zum ersten Mal in der deutschen Wirtschaft für Handel und Genossenschaften eine gemeinsame Organisation geschaffen worden. Insgesamt seien fünf Millionen Erzeuger-, 650 000 Verteiler- und 320 000 Be- und Verarbeiterbetriebe, zusammen also etwa sechs Millionen selbständige Existenzen, für die Marktordnung organisatorisch im Reichsnährstand erfaßt.

Die Marktordnung wolle im Rahmen der Arbeiten für die Ernährungssicherung die Voraussetzungen für eine lohnende und sichere Erzeugung schaffen. Das werde am besten durch ein festes Preisgefüge und einen sicheren Absatz erreicht. Die Betrachtung des gesamten Preisgefüges zeige, daß die Preise der Verbrauchsgüter des Bauern immer noch um 28 v. H. über dem Preisstand von 1913 liegen, während der Bauer für seine Verkaufserzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1935/36 nur 1 v. H. mehr als im letzten Vorkriegsjahre bekommen habe. Der Stand der Betriebsmittelpreise und Arbeitslöhne des landwirtschaftlichen Betriebes dürfte nach den Schätzungen der Reichsbauptabteilung II insgesamt immer noch gut um 10 v. H. über dem Stand der letzten Vorkriegsjahre liegen.

Gleichberechtigt neben dem Erzeugerschutz stehe der Verbraucherschutz als das andere große Ziel der Marktordnung. Sie wolle niemals den Markt einseitig im Interesse einer einzelnen Gruppe beherrschen; sie stelle stets in den Vordergrund die ausschließliche Verpflichtung gegenüber dem Volksganzen.

Das Hauptziel neben dem Erzeuger- und Verbraucherschutz sei die Ordnung der Warenbewegung. Die Festsetzung der Preise bleibe unvollkommen, wenn diese Preise nicht warenmäßig möglichst weitgehend untermauert werden könnten. Die richtige Leitung des Warenstromes werde mit Hilfe des Marktausgleichs und der Marktüberwachung erreicht.

Dr. Korte behandelte dann die auf diesen Gebieten getroffenen Einzelmaßnahmen und gab einen aufschlußreichen Ueberblick über die einzelnen Marktordnungsmaßnahmen im Wirtschaftsjahr 1935/36, aus dem er abschließend die Aufgaben der Marktordnung im Wirtschaftsjahr 1936/37 entwickelte. Schließlich stellte er fest, daß die Stetigkeit in der Durchführung der Marktordnung und die Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen größer geworden sei.

Hauptabteilungsleiter **Haidn** sprach über „Unsere Arbeit am Menschen". Er erläuterte die Sonderpolitischen Aufgaben der Hauptabteilung I, die vor allem darin gipfelten, das Reichserbhofgesetz nicht nur paragraphenmäßig anzuwenden, sondern in den Herzen und Hirnen des Landvolks zu verankern, vor allem bei der Jugend und den Frauen. Weitere Aufgaben seien die Stärkung des Sippenbewußtseins und die soziale Betreuung der Menschen.

Uebergehend zur Tarifordnung bob Haidn hervor, daß die Bestrebungen unterstützt würden, die ungerechtfertigten Unterschiede der alten Tarifverträge zu beseitigen. Man müsse sich abgewöhnen, die soziale „Frage" auf dem Lande nur von der Arbeitnehmerseite zu sehen. Er wandte sich dabei gegen den reinen Bargeldlohn in der Landwirtschaft, der die mehr jüdisch-marxistische, also kapitalistische, Lohnform sei, die alle Bindungen löse und in dem Menschen ein Stück lebenden Inventars sehe. Ein typisches Beispiel dafür seien die Verhältnisse in Sowjetrußland.

Haidn wies in diesem Zusammenhang nach, daß sich in den letzten drei Jahren das Einkommen des ledigen Landarbeiters um 40 bis 50 v. H. gehoben habe, während es für den verheirateten Landarbeiter um rund 10 bis 25 v. H. gestiegen sei. Der Redner hob weiter auf die Tatsache sehr wichtiger Aufgabengebiet des sozialen und kulturellen Lebens auf dem Dorfe, die Wohnungsfragen, zu sprechen. Gerade für die Erzeugungsschlacht komme dem Werkwohnungsbau eine besondere Bedeutung zu. Bisher seien rund 70 000 Wohnungen instandgesetzt und über 10 000 neue Werkwohnungen gebaut worden.

In längeren Ausführungen schilderte Haidn dann abschließend die verschiedenen Fragen des Arbeitseinsatzes und ihre Auswirkungen auf die Erzeugungsschlacht und stellte zum Schluß für die Uebergangszeit bis zur inneren Umgestaltung, die bei der Vorbereitung des Ausbaus des weiblichen Arbeitsdienstes, des Landdienstes der HJ. und des Landwerks zu einer Ernährungstruppe, Haidn bezar der sozialen Ehrengerichtsbarkeit und der Landhilfeeinrichtung, vor allem des Mütterdienstes zur Unterstützung der werdenden Mütter und Durchführung des schematischen Achtstundentages in jenen Wirtschaftszweigen, wo Menschenmangel herrsche.

Reichshauptabteilungsleiter II **Dr. Brummenbaum** sprach über „Unsere Arbeit am Hof". Der Redner stellte fest, wir müßten es heute nach zwei Jahren fast als eine Fügung des Schicksals bezeichnen, daß wir bereits mitten in der Erzeugungsschlacht drin seien, und nicht erst mit der Organisation dieses gewaltigen Werkes zu beginnen brauchten. Die Nahrungs- und Futtermitteleinfuhr sei von 3 Milliarden Reichsmark im Durchschnitt der Jahre 1929/32 auf 1¼ Milliarden Reichsmark 1933/36 gesunken. Schon in dieser Zahl zeige sich die Auswirkung und der Erfolg der Erzeugungsschlacht.

So groß auch die vor uns liegenden Aufgaben erschienen, umso fanatischer werde sich das deutsche Bauerntum für die Erringung des Endziels einsetzen. Der Redner machte dann zum Beweis aus der Kleinarbeit des letzten Jahres der Erzeugungsschlacht einige Angaben. Vor einem Jahre sei von Reichsbauernführer die Einführung der Milchmischkontrolle verfügt worden. Heute seien bereits 36,4 v. H. aller Kühe gegenüber 14 v. H. im Vorjahre von der Milchkontrolle erfaßt. Ganz besonders müßten unsere Anstrengungen auf eine Verbesserung der eigenen Futtergrundlage gerichtet sein. Daneben müßten wir aber bestrebt sein, durch stärkere Erfassung bisher nicht verwerteter tierischer Abfälle, Hefe sowie Einführung von industriellen Eiweißstoffen unsere Eiweißfuttergrundlage zu stärken. Wenn man von den Tieren gute Leistungen fordere, müßten sie auch in gesunden Ställen untergebracht sein. Nach vorsichtigen Schätzungen seien wenigstens eine Million Ställe umbaureif. Durch eine Neuanstrichung des Bauberatungswesens im Reichsnährstand solle Wandel geschaffen werden.

Wie weitgehend der Bauer und Landvolk bereit gewesen sei, an der Erzeugungsschlacht mitzuarbeiten, zeige sich vor allem darin, daß seit 1933 die Verwendung von Stickstoffdüngemitteln um 37,4 v. H., von Phosphorsäure um 58 v. H., von Kali um 53 v. H. und von Kalk um 74 v. H. gestiegen sei. Aufgabe der Düngerindustrie sei es, auch ihrerseits den Bauern in der Erzeugungsschlacht durch entsprechende Maßnahmen zu unterstützen. Groß seien auch die Leistungen der Landwirtschaft als Rohstoffquelle für die Industrie.

Beim Gemüse und Weinbau komme es vor allem auf eine Leistungs- und Qualitätssteigerung an, während die Flächen nicht vergrößert werden dürften. Nicht zu unterschätzende Arbeit sei auch bereits in der Aktion „Kampf dem Verderb" auf dem Bauernhof geleistet worden. Die Schädlingsbekämpfung habe im vergangenen Jahre vor großen Aufgaben gestanden. Ihr seien bedeutende Erfolge beschieden gewesen.

Bundesminister Glaise-Horstenau in München.

München, 26. November. Der österreichische Bundesminister Dr. h. c. Glaise-Horstenau, der am Mittwoch und Donnerstag zu Vorträgen in München weilt, stattete am Mittwoch vormittag in Begleitung des österreichischen Generalkonsuls in München, Jordan, zum Reichsstatthalter in Bayern, General Ritter von Epp, einen Besuch ab.

Am Abend sprach der Minister auf Einladung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im Festsaal der Akademie, über das Thema „Alt-Oesterreichs Heer in der deutschen Geschichte".

Im Anschluß daran folgte der österreichische Bundesminister der Einladung zu einem Empfang, den Reichsstatthalter Ritter von Epp in seinem Hause veranstaltete und an dem u. a. teilnahmen: Ministerpräsident Siebert mit den Leitern sämtlicher bayerischen Ministerien, der Kommandierende General des VII. Armeekorps, ein Vertreter des Befehlshabers im Luftkreis V, der Generalarbeitsführer Baumann, der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Dr. Todt, der österreichische Generalkonsul in München und führende Vertreter aus Wissenschaft und Kunst, unter ihnen auch der Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Professor Karl Alexander von Mueller.

Schwedische Blätter zur Blamage des Storting.

Malmö, 25. November. In einem Artikel über die Verleihung des Friedensnobelpreises an Ossietzky führt das südschwedische **Lunds Dagblad** aus, die Tatsache, daß Ossietzky dieser Belohnung für würdig erachtet worden sei, trage zu sehr das Kennzeichen einer politischen Demonstration. Es sei nur schade, daß niemand irgendwelche Auskünfte über Ossietzkys politische Friedensarbeit habe geben können.

Bei dieser Lage sei man versucht, seiner großen Dankbarkeit darüber Ausdruck zu geben, daß es nicht der schwedische Reichstag gewesen sei, der sich in ähnlicher Weise blamiert habe, wie der Storting. Für Schweden bestehe jedoch das Erniedrigende darin, daß der Friedensnobelpreis, der der Ausdruck des Idealismus eines großen Schweden sei, zu einer politischen Machtschaft herabgewürdigt und dazu benutzt worden sei, ein Volk zu verletzen, mit dem Schweden in Freundschaft leben wolle. Daß es gerade der Friedenspreis sei, der in dieser Weise ausgenutzt werde, lasse die Lage umso bedauerlicher erscheinen. Wohl habe man einen solchen Ausgang befürchtet, doch habe man immer noch gehofft, daß die gesunde Vernunft siegen würde.

Das in Malmö erscheinende **Sydsvenska Dagbladet** gibt ebenfalls der Ansicht Ausdruck, daß bei der Beurteilung der Entscheidung des Nobelkomitees der Ausdruck „Politische Demonstration" am nächsten liege.

Washington, 25. November. New York Times beschäftigt sich eingehend mit der Verleihung des Nobelpreises an Ossietzky und erklärt, daß selbst liberale Kreise betroffen seien über diese „Verzerrung des Friedensgedankens im Pazifismus".

Studentenkundgebungen auch in Posen.

Posen, 25. November. Wie bereits in Wilna und Warschau, kam es am Mittwoch im Anschluß an eine Versammlung in der Posener Universitätsaula zu stürmischen judenfeindlichen Kundgebungen. 800 Studenten und 100 Studentinnen zogen zum Akademieforbau, das sie besetzten. Die Studenten verlangen abgesonderte Plätze für die jüdischen Hörer (sogenannte Ghettobänke), die Wiederberufung einiger in den Ruhestand versetzter Professoren aus den nationaldemokratischen Oppositionskreisen und eine Senkung der Studentengebühren.

Der rumänische Außenminister in Krakau.

Warschau, 25. November. Der rumänische Außenminister Antonescu traf am Mittwoch vormittag in Begleitung mehrerer Mitglieder des rumänischen Außenministeriums und einigen Pressevertretern in Krakau ein. Er wurde von stellvertretenden Außenminister Graf Szembek und zivilen und militärischen Würdenträgern empfangen. Mittags legte er am Sarkophag des Marschalls Piłsudski in der Kathedrale des Wawel-Schlosses Kränze nieder.

Baldwin bei König Eduard.

London, 25. November. Premierminister Baldwin suchte am Mittwoch abend König Eduard VIII. auf, um ihm über die politische Lage Bericht zu erstatten.

Ministerrat in Paris.

Paris, 25. November. Die französische Regierung ist am Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz des **Präsidenten der Republik** zu einem Ministerrat zusammengetreten. Nachdem der Präsident der Republik Salengros gedacht und die Minister durch eine Minute des Schweigens diesen geehrt hatten, prüfte der Ministerrat den Entwurf des Pressegesetzes und bevollmächtigte den Ministerpräsidenten Blum, dieses Gesetz in der Kammer einzubringen.

Der Erziehungsminister **Zay** ist bevollmächtigt worden, in Uebereinstimmung mit dem Gesundheitsminister dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die förmliche Entschädigung für die französische Jugend im Alter von 6 bis 18 Jahren obligatorisch gemacht wird.

Außenminister **Delbos** erstattete anschließend einen ausführlichen Bericht über die internationale Lage. Er stellte dabei fest, daß zwischen Paris und London eine Zusammenarbeit bestehe, die „in völliger Uebereinstimmung der Auffassungen und Handlungen beider Regierungen geführt habe.

Delbos äußerte sich mit lebhafter Befriedigung über den Beschluß der Sowjetregierung, den Ingenieur Stickling zu begnadigen. Die Regierung hoffe, daß diese Maßnahme zur Entspannung zwischen Berlin und Moskau beitragen werde. Leider könne der deutsch-japanische Vertrag nicht als positives Element zur Schaffung einer günstigen Atmosphäre gelten. Dieses eindeutig auf weltanschaulichen Grundsätzen aufgebaute Abkommen trage dem Kreuzzugsgeist Rechnung, den Frankreich ablehne, da es die allzu vielen wirklichen Konfliktsursachen nicht noch durch mehr oder weniger konstruktive Konfliktselemente vermehren möchte.

Der **Ministerpräsident** hat entsprechend den Erklärungen des Außenministers erneut bekräftigt, daß Frankreich am Nichteinmischungsabkommen über Spanien festhält.

Weitere Spanien-Anfragen im Unterhaus.

London, 25. November. Der Abgeordnete **Mander** (Liberal) fragte den Außenminister Eden im Unterhaus, ob die geplante Luftkontrolle nicht eine neue Sanktion gegen die spanischen Roten darstelle, und ob dieser Plan von den spanischen Roten oder von den Nationalen angenommen worden sei.

Eden erwiderte, daß der Nichteinmischungsausschuß grundsätzlich übereingekommen sei, einen derartigen Plan zur Kontrolle der Luftäfen durchzuführen, daß aber der Plan zurzeit noch erwogen würde.

Der Abgeordnete General **Knox** (Konservativ) fragte den Außenminister, ob er nicht bei der französischen Regierung dagegen Vorstellungen erheben wolle, daß sich 2000 französische Freiwillige nach Barcelona einschifften, um zur spanischen Bürgerkrieg teilzunehmen.

Eden erwiderte, daß die Beteiligung von Freiwilligen vom Nichteinmischungsabkommen nicht erfaßt werde. Dieses beziehe sich nur auf das Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien.

Die Abgeordnete **Rathbone** fragte hierauf den Außenminister, ob er Nachrichten darüber erhalten habe, daß beträchtliche Waffenmengen den spanischen Bolschewisten durch Sowjetrußland zur Verfügung gestellt worden seien, und zwar in der Zeit zwischen der Unterzeichnung des Nichteinmischungsabkommens mit der Sowjetunion und dem 15. Oktober.

Eden erwiderte, er habe bereits mitgeteilt, daß die britische Regierung ihr Material, soweit sie es habe vervollständigen können, dem Nichteinmischungsausschuß vorgelegt habe. Er könne daher keine weiteren Mitteilungen in dieser Frage machen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache lenkte der Abgeordnete **Davison** die Aufmerksamkeit des Außenministers auf die unbefriedigenden englisch-sowjetrussischen Handelsbeziehungen. Er fragte Eden, aus welchem Grunde keine Verhandlungen mit der Sowjetregierung über den Abschluß eines regelrechten Handels- und Schiffahrtsvertrages stattgefunden worden seien.

Eden erwiderte, daß erst die Forderungen britischer Staatsangehöriger an die Sowjetregierung befriedigt werden müßten, bevor Verhandlungen über einen formellen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit der Sowjetunion aufgenommen werden könnten. Aus diesem Grunde sei es nicht möglich gewesen, einen endgültigen Vertrag abzuschließen.

Aegypten-Vertrag von Oberhaus angenommen.

London, 25. November. Das Oberhaus nahm am Mittwoch den neuen englisch-ägyptischen Vertrag einstimmig an. Er geht nunmehr zur zweiten Lesung an das Unterhaus.

Trinksprüche des Königs von Italien und Horthys.

Rom, 26. November. Im Königlichen Schloß wurde am Mittwoch abend zu Ehren des ungarischen Reichsverwesers von Horthy ein Galadiner veranstaltet, zu dem außer den ungarischen Gästen der italienische Regierungschef, die Mitglieder der italienischen Regierung und hohe Würdenträger der Wehrmacht und der Staatsverwaltung geladen waren. Während des Essens wurden zwischen dem König von Italien und Kaiser von Aethiopien und dem ungarischen Reichsverweser Trinksprüche gewechselt.

Der **König von Italien und Kaiser von Aethiopien** wies dabei darauf hin, daß die Jahrhunderte alten Bande zwischen Italien und Ungarn im letzten Jahrzehnt noch enger geknüpft worden seien. Die italienische Regierung und das italienische Volk verfolgten mit herzlichem Interesse die Arbeit der ungarischen Regierung und des ungarischen Volkes unter der Führung von Horthys für die Erstarkung und die Entwicklung der nationalen Kräfte und für eine bessere Zukunft. Diesem Werk wünsche Italien von Herzen den verdienten Erfolg.

Der **ungarische Reichsverweser** erwiderte in italienischer Sprache. Er dankte für die so herzliche Aufnahme in Italien und wies dann auf die Gründung des Imperiums hin. Er sprach hierzu die wärmsten Glückwünsche der ungarischen Regierung und des ungarischen Volkes aus. Diese Uebereinstimmung der Ziele der beiden Länder sei ein Unterpfand dafür, daß beide Nationen auch in der Zukunft ihre Anstrengungen gemeinsam darauf würden richten können, die edlen Grundsätze eines auf Gerechtigkeit aufgebauten Friedens zu verteidigen, in denen sie selbst fest verwurzelt seien. „Mit diesen Gefühlen", so schloß der Reichsverweser, „erhebe ich mein Glas auf das Wohl Eurer Königlichen und Kaiserlichen Majestät, Ihrer Majestät der Königin und Kaiserin, auf das Wohl der erlauchten Königlichen und Kaiserlichen Familie und auf das immer mächtigere Gedeihen der brüderlich befreundeten Nation".

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.